

GEMEINSAME ERKLÄRUNG

anlässlich des Treffens der Landeshauptleute mit der Regierungsspitze
Graz, 4. Oktober 2016

Die Landeshauptleutekonferenz unter dem Vorsitz von Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer sowie Bundeskanzler Christian Kern und Vizekanzler Reinhold Mitterlehner einigten sich nach Gesprächen in Graz auf folgende Punkte:

Bund-Länder-Arbeitsgruppe wird eingesetzt: Gemeinsam neue Wege gehen!

Man bekennt sich gemeinsam zur Einsetzung einer „Bund-Länder-Arbeitsgruppe“, die sich den gemischten Aufgaben, die sowohl Bund als auch Länder betreffen, widmen soll. Diese soll nach Abschluss der Finanzausgleichsverhandlungen aber spätestens bis Ende 2016 konstituiert werden. Um effizient und rasch agieren zu können, hat man sich darauf geeinigt, je vier Vertreter (Bund und Länder) dafür zu nominieren. Schritt für Schritt soll diese Gruppe die anstehenden Aufgaben in Sachen Föderalismus- und Bundesstaatsreform behandeln und diskutieren.

Man will gemeinsam neue Wege gehen: Bund und Länder. Hier gibt es beiderseits ein klares Bekenntnis dafür, dass die großen notwendigen Reformen nur in vertrauensvoller, gemeinsamer und zukunftsgerichteter Politik erreicht werden können. Um diese Dinge nicht auf die lange Bank zu schieben, hat man sich ein sehr ambitioniertes Ziel gesetzt: Bereits im ersten Quartal 2017 erwarten die Landeshauptleute und die Bundesspitze einen ersten Bericht dieser „Bund-Länder-Arbeitsgruppe“.

Viele Länder haben in der Vergangenheit mehrfach ihr Interesse an einer Weiterentwicklung der österreichischen Bundesstaatlichkeit zu einem modernen Föderalismus zum Ausdruck gebracht. Die aktuellen Herausforderungen an Politik und Verwaltung verlangen mehr denn je eine verstärkte Auseinandersetzung mit dem Thema Aufgabenentflechtung. Das gemeinsame Ziel ist eine effizientere und bürgernahe Verwaltung, die den Anforderungen unserer Zeit gerecht wird.

Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe soll unter anderem Fragen der Vereinfachung und Vereinheitlichung des öffentlichen Wirtschaftsrechts diskutieren. Damit will man dem Wirtschaftsstandort Österreich einen positiven Impuls geben und nachhaltig jene Rahmenbedingungen schaffen, die Arbeit und Beschäftigung im Land bedeuten. Dies soll und wird auch ein Zeichen für mehr Arbeit und Beschäftigung im Land darstellen. Die Chancen, die sich durch die Digitalisierung und moderne Kommunikation ergeben, sollen ergriffen werden. Verwaltung 4.0 mit einer Aufgabenentflechtung und klaren Verantwortlichkeiten ist das erklärte Ziel.

Vom 4. Oktober 2016 in Graz ausgehend, soll der „Einstieg zum Umstieg“ in vielen der offenen Fragen der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern gelingen.

Christian Kern
Bundeskanzler

Hermann Schützenhöfer
Vorsitzender Landeshauptleutekonferenz

Reinhold Mitterlehner
Vizekanzler

